

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuss

25. Sitzung

am Mittwoch, dem 5. Dezember 2001, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Rolf Fischer (SPD)

Vorsitzender

Gisela Böhrk (SPD)

Astrid Höfs (SPD)

Dr. Gabriele Kötschau (SPD)

Ulrike Rodust (SPD)

Claus Ehlers (CDU)

Peter Lehnert (CDU)

Manfred Ritzek (CDU)

Joachim Behm (FDP)

Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Lars Harms (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Uwe Greve (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht des Landtagspräsidenten, Heinz-Werner Arens, über parlamentarische Ostseeaktivitäten	4
a) 10. Ostseeparlamentarierkonferenz in Greifswald	4
b) 11. Ostseeparlamentarierkonferenz in St. Petersburg	5
c) Kieler-Woche-Gespräch 2002	7
2. Ausblick auf den Europäischen Rat in Laeken Klaus Gärtner, Chef der Staatskanzlei	10
3. INTERREG-Programm – Nordseekooperationen Ernst Hansen, Ministerium für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus	11
4. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Dänemark	14
a) Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1258	
b) Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 15/1290	
5. Ausschusstreisen	15

Der Vorsitzende, Abg. Fischer, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Bericht des Landtagpräsidenten Heinz-Werner Arens über parlamentarische Ostseeaktivitäten

a) 10. Ostseeparlamentarierkonferenz in Greifswald

P Arens verweist zu Beginn seines Berichtes auf das umfangreiche Informationsmaterial über die Ostseeparlamentarierkonferenz in Greifswald, das allen Ausschussmitgliedern zugegangen ist.

Als wesentliche Aspekte hebt er sodann hervor, dass die 10. Ostseeparlamentarierkonferenz das Fundament dafür gelegt habe, dass die BSPC neben der Regierungsebene zur zweiten Säule der Ostseekooperation werden könne. Dies habe unter anderem die intensive Diskussion zum Thema Schiffssicherheit bewiesen, die zum Beschluss sehr konkreter Forderungen geführt habe. Details dazu werde im Anschluss an seinen Bericht Abg. Behm erläutern, der an der von der Konferenz eingesetzten Arbeitsgruppe zum Thema Schiffssicherheit in Schwerin teilgenommen habe.

P Arens erklärt weiter, der zweite Beratungsschwerpunkt zum Thema Zivilgesellschaft habe zwar gezeigt, dass bis zur Verwirklichung der aufgestellten Forderungen zu den politischen und rechtlichen Grundlagen einer zivilen Gesellschaft, noch viel Arbeit nötig sei, aber auch hier gebe es erste konkrete Fortschritte. Als wichtige Beispiele nennt er aus dem Bereich der Jugendpolitik die Stichworte Einführung einer Ostsee-Jugendversammlung, einer Ostsee-Jugendstiftung und eines Ostseejugendticket.

Er begrüßt außerdem die Bereitschaft der Adriatisch-Ionischen Initiative, mit parlamentarischen Foren anderer europäischen Regionen zusammenzuarbeiten und zu kooperieren. Weiter hebt P Arens die **gewachsene Bedeutung Russlands** bei der Ostseeparlamentarierkonferenz hervor. Sie werde vor allem daran deutlich, dass die nächste Ostseeparlamentarierkonferenz in St. Petersburg stattfinden werde und dass Russland den Vorsitz im Standing Committee übernommen habe. Sein Nachfolger als Vorsitzender dieses Gremiums – berichtet P Arens – werde Valerij Ustjugow, früherer Präsident der Kaliningrader Gebietsduma. Kritisch merkt er bei dieser Gelegenheit an, dass bei der Konferenz in Greifswald erneut kein Vertreter der Ka-

liningrader Gebietsduma anwesend gewesen sei. Er hoffe, dass er durch Gespräche mit Herrn Ustjugow und dem Präsidenten der Gebietsduma erreichen könne, dass an der nächsten Konferenz in St. Petersburg ein Vertreter Kaliningrads teilnehmen werde.

Als letzten Punkt spricht P Arens die **Berichterstattung** über die Konferenz in den heimischen Medien an. Er erklärt, der Landtag Schleswig-Holstein habe gute Erfahrungen damit gemacht, den einen oder anderen Journalisten selbst anzusprechen und so zu animieren mitzufahren. Er wünsche sich deshalb, dass auch andere Parlamente diesem Beispiel folgen.

Insgesamt – so fasst P Arens zusammen – könnten die Ergebnisse der diesjährigen Ostseeparlamentarierkonferenz in Greifswald als zufrieden stellend bewertet werden. Aber man dürfe auch in Zukunft nicht die Hände in den Schoß legen, sondern müsse im Gegenteil versuchen, auf der nächsten Konferenz neue und weitergehende Akzente zu setzen.

b) 11. Ostseeparlamentarierkonferenz in St. Petersburg

P Arens informiert weiter über die Vorbereitungen für die 11. Ostseeparlamentarierkonferenz, die vom 30. September bis 2. Oktober 2002 in St. Petersburg stattfinden werde. Er führt aus, die Übergabe des Vorsitzes im Standing Committee und der Sprecherrolle an Russland werde voraussichtlich – nachdem der für den 3. Dezember 2001 vorgesehene Termin auf Wunsch Russlands verschoben worden sei – Ende Januar oder Anfang Februar 2002 auf der Sitzung des Standing Committee in Moskau erfolgen. Das gebe ihm – so P Arens – als bis dahin Vorsitzenden dieses Gremiums die Möglichkeit, die Vorbereitungen und Inhalte der Konferenz weiter mit zu beeinflussen.

Bislang habe Russland nur sehr vage Vorschläge zu den **Konferenzinhalten** und einer festen Struktur der Themen geäußert. Vorgesehen seien die Schwerpunktbereiche Umwelt und Gesundheit sowie die Situation Kaliningrads im Kontext der Osterweiterung der EU.

P Arens erklärt, auf dieser Grundlage müsse nun ein Konzept entwickelt werden, dass folgende Punkte berücksichtige. Erstens sollten auf der 11. BSPC Themen angesprochen werden, die vor allem den Gastgeber Russland interessierten. Zweitens müsse auch das Interesse der anderen Ostseeanrainer daran berücksichtigt werden, die russische Haltung zur Ostseekooperation vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung zu thematisieren. Die finnische Initiative der Nördlichen Dimension biete hierfür einen passenden Rahmen. Seiner Meinung nach müsse deshalb die Nördliche Dimension und ihre Ausrichtung auf Russland im Konferenzthema

zum Ausdruck kommen.

P Arens berichtet weiter, auf der Grundlage der eben genannten Schwerpunktbereiche werde nun ein Programmentwurf erarbeitet. Die interne Federführung dafür liege bei Schleswig-Holstein. Als Diskussionsgrundlage sei ein Entwurf und eine Alternative erarbeitet worden; beide Vorschläge lägen den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vor. Sie seien bislang aber noch nicht offiziell verteilt worden. Die alternativen Entwürfe – so fasst P Arens die Inhalte der Vorschläge zusammen – unterschieden sich lediglich im zweiten Sitzungsabschnitt. Während dieser in der Alternative 1 im Wesentlichen von Namen herausgehobener politischer Funktionsträger, zum Beispiel des zuständigen EU-Kommissars Chris Patten, dominiert werde, stünden bei der Alternative 2 die Sachthemen der Nördlichen Dimension im Vordergrund. Der dritte Sitzungsabschnitt befasse sich dann – wieder in beiden Entwürfen übereinstimmend – mit den Auswirkungen der EU-Erweiterung auf Kaliningrad. Dabei werde absichtlich auf eine überproportional große Zahl russischer Redner abgestellt. Dadurch solle zum einen das Interesse des Gastgebers gefördert und zum anderen das Kennenlernen der russischen Position, die für alle Konferenzteilnehmer von großer Bedeutung sei, vereinfacht werden.

P Arens geht im Folgenden auf die **Schlussresolution** der Konferenz ein, die den Ausschussmitgliedern in deutscher Übersetzung ebenfalls als Tischvorlage vorliege. Er weist darauf hin, dass das Standing Committee, das für die Umsetzung zuständig sei, es diesmal mit einer Art Doppelresolution zu tun habe. Sie befasse sich zum einen mit dem Thema **Schiffssicherheit** – dazu werde der Ausschuss den angekündigten Bericht von Abg. Behm über die Ergebnisse der Arbeitsgruppe bekommen – und zum anderen mit dem Thema **Zivilgesellschaft**. Er erklärt weiter, die Umsetzung der in diesen Bereichen aufgestellten Forderungen und Ziele könne nicht allein vom Standing Committee geleistet werden. Sie stelle vielmehr eine Aufforderung an alle Konferenzteilnehmer, an die Parlamente und damit auch an den Europaausschuss dar, sich Gedanken über die Umsetzung der Vorschläge und Erfüllung der Forderungen zu machen. Die Palette der in der Resolution genannten Möglichkeiten reiche dabei von der Herstellung enger Arbeitskontakte mit der Kommissarin für Demokratische Entwicklung des Ostseerates – hier habe es inzwischen intensive Gespräche gegeben –, über die Förderung der Jugendpolitik bis hin zu einem strukturierten Dialog mit regionalen Netzwerken der Zivilgesellschaft im Ostseeraum. P Arens fordert den Europaausschuss in diesem Zusammenhang auf, sich mit dem einen oder anderen Thema, das in der Resolution angesprochen wird, näher zu befassen und Vorschläge zur Umsetzung zu erarbeiten. Ziel all dieser Bemühungen müsse es sein, eine Auswahl zentraler Fragen zu treffen, anhand derer die Diskussion zur Entwicklung einer Zivilgesellschaft im Ostseeraum strukturiert und punktuell vertieft werden könne, so wie es die Schlussresolution fordere.

Zusammenfassend stellt P Arens fest, dass es der parlamentarischen Zusammenarbeit im Ostseeraum weder an Aufgaben noch an Ideen fehle. Er sei davon überzeugt, dass im Vorfeld der Vorbereitungen der 11. Ostseeparlamentarierkonferenz weitere interessante Themen und Diskussionen geführt werden könnten. Sein Wunsch sei es, dass sich der Europaausschuss daran intensiv beteilige.

c) Kieler-Woche-Gespräch 2002

P Arens berichtet dem Ausschuss außerdem über den Stand der Vorbereitungen für das Kieler-Woche-Gespräch 2002. Das Thema der Veranstaltung werde sich an das dominierende Europathema des Jahres 2002 anlehnen, nämlich die Osterweiterung der EU. Im Zeitplan dieses Prozesses bögen die Beitrittskandidaten nun gewissermaßen auf die Zielgerade ein. Dementsprechend könne er sich ein Thema mit der Überschrift „**Auf der Zielgeraden**“ oder etwas Ähnliches vorstellen.

Zu Wort kommen sollten Vertreter der Staaten, die sich für einen Beitritt beworben hätten. Beispielhaft nennt er den Senatspräsidenten aus Polen, Prof. Dr. Longin Pastusiak, und für die baltischen Staaten den Vizepräsidenten der Baltischen Versammlung und gleichzeitig Vizepräsident des Lettischen Parlamentes, Dr. Romualds Razuks.

Zu danken habe er – so P Arens – für die thematische Grundidee für das Kieler-Woche-Gespräch 2002 der Vizepräsidentin, Abg. Dr. Kötschau.

Zum Schluss bedankt sich P Arens für die Möglichkeit der Unterrichtung des Ausschusses zu den genannten Themen. Er begrüßt die Möglichkeit des frühen Informations- und Meinungsaustauschs und äußert den Wunsch, vom Ausschuss Hinweise und Vorschläge für die Verbesserung der Zusammenarbeit im Ostseeraum zu erhalten, die er zum Beispiel gern in die Diskussion des Standing Committee einbringen werde.

* * *

In der sich anschließenden Diskussion möchte zunächst Abg. Ehlers wissen, wie P Arens die **Situation in Kaliningrad nach dem Regierungswechsel in Russland** bewerte. P Arens antwortet, die Situation sei sehr schwer einzuschätzen. Mit dem Regierungsantritt von Präsident Putin hätten sich jedoch zumindest die Beziehungen zwischen der Zentrale in Moskau und den Provinzen positiv verändert. Für Kaliningrad gelte eine besondere Situation. Er verweist auf die offiziellen Gespräche zwischen der EU und Russland über Kaliningrad und erklärt,

wie weit diese gediehen seien, könne er schlecht beurteilen, die Tatsache aber, dass sie geführt würden, zeige, dass sich die russische Duma mit diesem Thema ernsthaft befasse. Die Signale könnten deshalb insgesamt positiv gewertet werden.

Abg. Rodust unterstützt den Vorschlag von P Arens, selbst auf die **Presse** zuzugehen und zu Veranstaltungen mit zu nehmen. Sie berichtet in diesem Zusammenhang, sie selbst habe damit vor Kurzem gute Erfahrung gemacht, als sie einen Journalisten zu einer Sitzung des AdR mitgenommen habe. Das Ergebnis sei eine mehrwöchige Reihe über europäische Themen in einer Tageszeitung gewesen. Allerdings sei dies nur möglich gewesen, weil der AdR die Kosten für die Reise übernommen habe. P Arens erklärt, dass es bislang keine Schwierigkeiten gegeben habe, Presseleute dazu zu bewegen, die Delegation auf ihren Fahrten zu einer BSPC auf eigene Kosten zu begleiten. Wichtig sei es aber, die einzelnen Pressemitarbeiter gezielt anzusprechen und zur Teilnahme aufzufordern.

Abg. Ritzek spricht die **Alternativvorschläge** für die 11. Ostseeparlamentarierkonferenz an und erklärt, er könne sich nicht vorstellen, wie die genannten sehr umfangreichen und komplexen Themen in zwei Tagen abgehandelt werden sollten. Seiner Meinung sei die Ausgewogenheit der Themen entscheidend. Bei den aufgeführten Themen Gesundheit, Kriminalität und Umwelt sei jedoch zu befürchten, dass das Gastgeberland Russland insgesamt schlecht abschneide. L Dr. Schöning erwidert, die vorgelegten Alternativentwürfe für das Programm seien als erster Diskussionsentwurf zu sehen. Die einzelnen Themen könnten natürlich auf der Konferenz nicht alle gleich intensiv behandelt werden. Aufgabe der russischen Seite sei es nun, die Entwürfe zu diskutieren und eine Auswahl zu treffen.

Abg. Steenblock thematisiert die **Rüstungsaltposten** Russlands und möchte wissen, ob hierüber inzwischen eine Diskussion mit Russland geführt werden könne. L Dr. Schöning erklärt, er sei optimistisch, dass das in Zukunft möglich sein werde. Auf der letzten Sitzung des Standing Committees sei diese Frage an den russischen Vertreter gestellt worden. Dieser habe geantwortet, er könne sich nicht nur vorstellen, dass darüber diskutiert werde, sondern er halte das Thema für außerordentlich wichtig. Allerdings handle es sich bekanntermaßen um ein sehr heikles Thema. Deshalb werde man zunächst informell sondieren, ob das Thema unter dem Gesichtspunkt Gesundheit auf der nächsten Konferenz aufgenommen werden könne. Die Entscheidung darüber treffe Russland. Abg. Behm und Abg. Dr. Kötschau heben ebenfalls die besondere Bedeutung dieses Themas hervor. Sie schlagen vor, die wissenschaftliche Begutachtung, das Einholen wissenschaftlicher Gutachten zu Rüstungsaltposten, zum Thema der Konferenz zu machen.

Es schließt sich der Bericht von Abg. Behm über die **Tagung der Arbeitsgruppe Maritime Sicherheit** am 25. und 26. November 2001 in Schwerin an. Abg. Behm führt unter anderem aus, Diskussionsgrundlage für das Arbeitstreffen in Schwerin sei ein vom Land Mecklenburg-Vorpommern erarbeitetes Arbeitspapier – basierend auf der am 10. September 2001 in Kopenhagen verabschiedeten so genannten Kopenhagener HELCOM-Erklärung - gewesen. Beispielfhaft nennt er in diesem Zusammenhang eine Reihe von Stichworten. So habe sich die Arbeitsgruppe unter anderem mit Schiffswegführungsmaßnahmen, der Verstärkung der Lotsenannahmepflicht, elektronischen Seekarten für den gesamten Ostseeraum, dem automatischen Schiffsidentifizierungssystem (AIS), Maßnahmen zur Verschmutzungsverhütung, der Einführung des Zweihüllentankers, Durchführung der Hafenstaatkontrolle und der zusätzlichen Ausweisung von PSSA-Gebieten in der Ostsee befasst. Dabei sei der Wille deutlich geworden, allgemeine Bestimmungen zum Schutz der Meeresumwelt gemeinsam zu erarbeiten und abzustimmen.

Abg. Behm erklärt, die Arbeitsgruppe sei zu der Auffassung gelangt, die in der HELCOM-Erklärung aufgeführten Themen müssten noch um einige Punkte ergänzt werden. In diesem Zusammenhang sei über die Einführung einer internationalen Schiffssicherheitsversicherung, das Thema vorsätzliche Schadstoffeintragung in die See und die Schaffung eines einheitlichen Havarie- und Küstenwachkommandos für die gesamte Ostsee diskutiert worden. Weiter habe man sich damit befasst, die HELCOM-Erklärung um das Thema militärische Altlasten zu ergänzen.

Abg. Behm berichtet abschließend, die Arbeitsgruppe habe beschlossen, dass sich die einzelnen Parlamente der Anrainerstaaten, somit also auch der Europaausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages, in einer Reihe von Gesprächen mit den einzelnen genannten Aspekten befassen sollten. Dabei solle festgestellt werden, inwieweit die einzelnen Regierungen bereit seien, das HELCOM-Papier anzunehmen und mit ihm zu arbeiten. Es solle versucht werden, diesen Prozess so durchzuführen, dass die Ergebnisse in die Beratungen auf der nächsten Ostseeparlamentarierkonferenz einfließen und dann konkrete weitere Beschlüsse gefasst werden könnten.

Der Ausschuss fasst in der anschließenden Diskussion über den Bericht den Beschluss, sich Anfang des Jahres 2002 mit dem Thema Kopenhagener HELCOM-Erklärung zur Schiffssicherheit anhand von Berichten der Regierung, des Wirtschafts- und des Umweltministeriums, zu befassen. Daneben soll in einem gesonderten Gespräch mit dem Landtagspräsidenten außerhalb einer Ausschusssitzung geprüft werden, inwieweit in Vorbereitung auf die 11. Ostseeparlamentarierkonferenz eine Beschlussfassung und Schwerpunktsetzung zum Thema Schiffssicherheit erarbeitet werden kann.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Ausblick auf den Europäischen Rat in Laeken

St Gärtner berichtet, dass zu den Themen für die Sitzung des Europäischen Rates in Laeken bislang nur ein inoffizielles Papier existiere. Sicher sei aber, dass man sich dort in erster Linie mit der Ausgestaltung und Zusammensetzung des Konventes auseinandersetzen werde. Weitere Themen seien die Ausweitung der demokratischen Elemente in der Union und die Fortsetzung des Weges zu einer Europäischen Verfassung, hier in erster Linie die Form der Ratifizierung durch die einzelnen Staaten.

Er erklärt, am 12. Dezember 2001 solle zu diesem Themenvorschlag durch die belgische Präsidentschaft ein erstes Bund-Länder-Gespräch stattfinden. Im Moment sei die Position, die der Bund in den angesprochenen Fragen einnehmen werde, noch nicht einzuschätzen und auch die Länder müssten noch zu einer gemeinsamen Position finden. St Gärtner bietet abschließend an, den Ausschuss im Anschluss an das Bund-Länder-Gespräch und sobald neue Erkenntnisse vorlägen zu informieren.

Abg. Rodust berichtet über die Diskussionen im AdR zu diesem Thema und bringt ihr Erstaunen darüber zum Ausdruck, dass in dem bisher nur inoffiziell kursierenden Papier anscheinend der Wunsch des AdR nicht berücksichtigt worden sei, zwei Vertreter des AdR in den Konvent mit aufzunehmen, zumal der AdR beschlossen habe, in der neuen Legislaturperiode nur noch Mitglieder mit einem parlamentarischen Hintergrund als Mitglieder zuzulassen. Damit sei auch das viel diskutierte Problem der parlamentarischen Legitimation der Mitglieder des AdR gelöst worden. Nach ihrem Wissensstand habe es eine Zusage gegeben, zwei Mitgliedern des AdR einen Beraterstatus im Konvent einzuräumen. St Gärtner macht in diesem Zusammenhang deutlich, dass es seiner Meinung nach für den AdR sehr schwer werde, mehr als einen Beobachterstatus eingeräumt zu bekommen.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Information durch den Staatssekretär und betont noch einmal das Interesse des Ausschusses daran, zeitnah und umfassend über den Stand der Beratungen informiert zu werden.

Punkt 3 der Tagesordnung:

INTERREG-Programm – Nordseekooperation

AL Hansen berichtet über den aktuellen Stand des INTERREG-Programms Nordsee und der Nordseekooperation insgesamt. Er erklärt, nach Auslaufen der ersten Phase II C befinde man sich jetzt in der Übergangsphase zu III B, transnationale Kooperation im Nordseeraum. Grundsätzlich sei man mit den Erfahrungen, die man in der Phase II C mit neun Projekten gesammelt habe, zufrieden. Dabei sei zu berücksichtigen, dass es im Nordseeraum im Gegensatz zum Ostseeraum, in dem die Zusammenarbeit und Vernetzung schon viel weiter fortgeschritten sei, einige Startschwierigkeiten gegeben habe. Im Nordseeraum sei Schleswig-Holstein noch relativ isoliert gewesen und erst in letzter Zeit mehr eingebunden worden. Allerdings seien andere Nationen und Regionen bei den großen Konferenzen immer noch stärker vertreten als Schleswig-Holstein.

Herr Hansen geht zunächst auf einige **Aspekte des neuen Projektes III B** ein, dass in den nächsten Tagen genehmigt werde. Die Zeitschiene sehe wie folgt aus: Die Genehmigung des operativen Programms solle noch im Jahr 2001 erfolgen. Die erste Sitzung des internationalen Monitoringkomitee werde dann am 15. Januar 2002 sein. Das Sekretariats in Viborg plane, in der Zeit vom 20. Januar bis 1. März 2002 zunächst einen Aufruf zum Beantragen der Projekten zu starten. Auf der Grundlage der Auswertung der Projektvorschläge könnten dann erste Förderentscheidungen getroffen werden. Er erklärt weiter, inhaltlich habe sich die Zielsetzung des neuen Programms dahin gehend geändert, dass man versuchen wolle, mehr in den investiven Bereich hineinzugehen. Aufgrund der begrenzten Mittel sei man zwar nicht in der Lage, große Investitionen selbst zu tätigen, aber es werde angestrebt, durch Projekte Investitionen so vorzubereiten, dass dann andere Akteure unmittelbar in die Investitionen einsteigen könnten. Zur Gebietskulisse des neuen Programms – so berichtet er – seien Belgien mit der Region Flandern, ein größerer Raum in Schweden, der restliche Teil Dänemarks und in Deutschland ganz Niedersachsen neu hinzugekommen. Der Programmraum sei damit größer geworden. Wichtig sei noch zu erwähnen, dass es einen separaten Nordseeraum geben werde. Zwischen dem Ostseeraum und dem Nordseeraum werde es innerhalb dieses Programms keine gemeinsamen Projekte geben; die Akteure seien somit gehalten, sich auf anderen Ebenen zu vernetzen und zusammenzuarbeiten.

Als zweiten Punkt spricht Herr Hansen die **Beteiligung des Bundes** an dem Programm INTERREG III an. Erstmals – so führt er aus – übernehme der Bund einen Teil der Kosten der

Sekretariate für die Ostsee- und die Nordseekooperation. Darüber hinaus werde sich der Bund auch zum ersten Mal mit Mitteln an einzelnen Projekten direkt beteiligen.

AL Hansen informiert als Drittes über die nächste Sitzung der Generalversammlung der **Nordseekommission**, die vom 18. bis 21. Juni 2002 in Norfolk stattfinden werde. An dieser Konferenz werde das MLR gemeinsam mit der Staatskanzlei und hoffentlich vielen Akteuren aus Schleswig-Holstein teilnehmen. Auf der Tagesordnung werde zum einen eine Tagung zum Thema Tourismus und Nordsee stehen, am 19. Juni 2002 werde dann ein so genanntes Direktorium – ein Kennenlernen und Austauschen zwischen den Projektträgern – stattfinden. Die abschließende Generalversammlung stehe unter der Überschrift „Kultureller Tourismus“. In diesem Zusammenhang wirbt AL Hansen für die Beteiligung an den verschiedenen Gremien der Nordseekommission.

Im vierten Teil seines Berichtes geht AL Hansen auf die **Schleswig-Holsteinische Beteiligung und Umsetzung** der Projekte in Schleswig-Holstein ein. Er erklärt, dass MLR als zuständiger Betreuer des Programms in Schleswig-Holstein wirke zum einen bei der Entscheidung über die Projekte mit, nämlich im so genannten deutschen Unterausschuss, wo alle Projekte vorberaten werden. Zum anderen informiere das MLR in Schleswig-Holstein auf verschiedenen Wegen über die Projekte und versuche, die Akteure bei der Umsetzung zu unterstützen. Inzwischen habe man eine Liste mit allen Projekten und den dazu gehörigen Ansprechpartnern mit Schleswig-Holsteinischem Bezug erstellt, die ständig aktualisiert werde. Aufgeführt seien darin nicht nur konkrete Projekte, sondern auch erste Ideen für Projekte oder auch Projektträger, die noch Partner suchten. Diese Liste werde allen Interessierten zugesandt. Beispielhaft nennt er im Folgenden zwei Projekte – ein Projekt in der Abfallwirtschaft unter Beteiligung dänischer und deutscher Gewerbebetriebe und ein Projekt zur Integration von E-Business in den so genannten KMU-Betrieben -, deren Realisierung in Schleswig-Holstein angestrebt werde. Ein Schwachpunkt bei der Umsetzung der Projekte – so AL Hansen weiter - sei immer noch die Einbeziehung der kommunalen Ebene. Es sei immer noch schwierig, in diesem Bereich Akteure für Projekte zu gewinnen, vor allem auf Grund der Sprachbarriere.

Abschließend fasst AL Hansen noch einmal zusammen, Ziel sei es, ein besseres Netzwerk in Schleswig-Holstein zu schaffen, um einen stärkeren Einstieg auch in andere Bereiche der Nordseekooperation, die ja über INTERREG-Projekte hinausgehe, zu erreichen. Dabei stehe das Bestreben im Vordergrund, originäre Aufgaben von Trägern so mit Projekten so zu verknüpfen, dass sie auf diesem Weg am INTERREG-Programm partizipieren könnten.

Im Mittelpunkt der sich anschließenden Diskussion stehen vor allem Fragen zu aktuellen Themen und ihre mögliche Einbindung als Projekte in das INTERREG-Programm. AL Hansen stellt noch einmal heraus, Ziel des Programms sei es, durch mehr Vernetzung Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, schleswig-holsteinische Unternehmen in die Lage zu versetzen, international verstärkt tätig zu werden. Dabei stünde die wirtschaftliche Vernetzung im Vordergrund.

Im Zusammenhang mit einer Frage von Abg. Steenblock erklärt er, zum geplanten **Offshore-Windpark** gebe es bislang kein INTERREG-Projekt. Ob daraus ein Projekt werde, werde von den Akteuren entschieden, die das entsprechende Geld einbringen müssten. Einzelne Akteure hätten jedoch schon ihr Interesse gezeigt. Demnächst werde ein erstes Gespräch mit ihnen geführt werden.

Im Zusammenhang mit Fragen zur Beteiligung einzelner Regionen und Länder an den Vorbereitungen der Projekte führt AL Hansen aus, die Region Sønderjylland/Schleswig habe an der letzten Informationsrunde über die Projekte teilgenommen und sich dort auch stark eingebracht. Als Beispiel für die Beteiligung westlicher Länder an dem Programm nennt er Holland, dass sehr viele Ideen eingebracht habe und sehr aktiv sei. Allerdings sei die Anbindung an die westlichen Regionen insgesamt noch nicht so stark, wie zum Beispiel zu den nördlichen Regionen des INTERREG-Gebietes. Hierfür müsse noch verstärkt geworben werden.

Abg. Harms möchte unter anderem wissen, ob es bei dem angesprochenen Abfallprojekt lediglich um die Erstellung einer vergleichenden Studie gehe oder ob es sich um ein konkretes Projekt handle. AL Hansen antwortet, es handle sich insofern um ein konkretes Projekt, als mit der Studie eine Antwort darauf gesucht werde, wie durch eine verbesserte Leitung der Abfallströme in der Region Sønderjylland/Schleswig Geld gespart werden könne.

Von Abg. Rodust auf eine Möglichkeit der besseren Einbindung der kommunalen Ebene angesprochen, erklärt AL Hansen, wünschenswert sei es, dass die Kreise eine Art Leitstelle für europäische Fragen einrichteten, die dann mit einer auf diesem Gebiet und vor allem auch sprachlich kompetenten Person besetzt werden könne.

Der Vorsitzende spricht abschließend – stellvertretend für den Ausschuss - den Wunsch aus, in Zukunft noch zeitnaher und umfassender über die laufenden Projekte und Vorbereitungen informiert zu werden. Anlaufstelle für Informationsmaterial und Einladungen zu Veranstaltungen könne dabei die Geschäftsstelle des Ausschusses sein. Die Mitglieder des Ausschusses regen außerdem an, eine der nächsten Sitzungen der Nordseekommission in Schleswig-Holstein, zum Beispiel in Husum, auszurichten.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Dänemark

- a) Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1258
- b) Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 15/1290

Abg. Ehlers erklärt für die CDU-Fraktion, der vom Vorsitzenden zur Sitzung als Tischvorlage vorgelegte Vorschlag eines gemeinsamen Antrags sei zu allgemein formuliert. Er schlage deshalb vor, dass sich Vertreter der einzelnen Fraktionen und des SSW noch einmal mit einzelnen Formulierungen beschäftigen sollten.

Der Ausschuss kommt nach einer kurzen Aussprache überein, die Beschlussfassung zum vorliegenden Antrag auf die Januar-Tagung des Landtages zu verschieben und bis dahin – dem Vorschlag von Abg. Ehlers folgend - den gemeinsamen Antrag interfraktionell in einzelnen Punkten erneut zu beraten.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Ausschussreisen

Der Vorsitzende informiert über den aktuellen Beschluss, den der Ältestenrat im Hinblick auf die Finanzierung von Ausschussreisen gefasst habe. Er berichtet, danach stünde den Ausschüssen in dieser Legislaturperiode jeweils ein Budget von 50.000 DM für Reisen zur Verfügung. Geplant sei, diesen Finanzrahmen in der nächsten Legislaturperiode auf 60.000 DM aufzustocken. Darüber hinaus werde es zu Beginn jeden Jahres ein Koordinierungstreffen zum Thema Ausschussreisen mit den Ausschussvorsitzenden und dem Ansprechpartner in der Landtagsverwaltung, Herrn Alter, geben.

Weiter weist er darauf hin, dass vom Budget des Europaausschusses für diese Legislaturperiode ungefähr 23.000 DM für die Reise des Ausschusses nach Kaliningrad aufgewendet werden müssten. In Zukunft sei zu berücksichtigen, dass auch die Aufwendungen für Reisen einzelner Abgeordneter als Vertreter des Ausschusses aus diesem Topf finanziert würden.

Im Zusammenhang mit Fragen und Anregungen aus dem Ausschuss zum konkreten Ablauf der Reise nach Kaliningrad verweist der Vorsitzende auf den für die Planung zuständigen Referenten in der Landtagsverwaltung, Herrn Dr. Köhler.

Der Vorsitzende, Abg. Fischer, schließt die Sitzung um 12:15 Uhr.

gez. Fischer
Vorsitzender

gez. i. V. Tschanter
Protokollführerin